



MACH' MEINEN
KUMPEL
NICHT AN!

**AKTIV
FÜR CHANCEN-
GLEICHHEIT**

OKTOBER 2018

Vernetzen, diskutieren, aktiv werden!

Interaktives Online-Forum der Gelben Hand

Es gibt in Deutschland ein großes Engagement gegen Rechts, viele Menschen engagieren sich tagtäglich gegen Rassismus und es gibt viele gute Ideen, wie man sich in der Gesellschaft, am Arbeitsplatz oder im Verein, einsetzen kann für Demokratie, Solidarität, gegen Hass und Ausgrenzung. Oftmals laufen viele Projekte und auch viele Aktive in dem Bereich nebeneinander her, ohne dass man voneinander weiß. Dadurch gehen viel Wissen, Ressourcen und Synergien verloren, die man nutzen könnte, um schlagkräftig gegen den Rechtsruck vorzugehen. Gerade in der heutigen Zeit, ist es wichtiger denn je, die Aktiven in der Antirassismus-Arbeit zu vernetzen, sich auszutauschen, Wissen zu teilen und gemeinsame Ideen zu entwickeln. Die Gelbe Hand dient per se mit ihrer gewerkschaftlichen Scharnierfunktion als Plattform des Dialoges und der Vernetzung.

Auf unserer Homepage gibt es auch die Möglichkeit, sich online über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus auszutauschen und zu diskutieren. Es wurde ein passwortgeschütztes Forum eingerichtet, mit dem Ziel im geschützten Raum miteinander in den Austausch zu kommen.

Nutzt diese Möglichkeit, um gemeinsam zu diskutieren, wie wir in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft, dem immer offeneren Rassismus die Stirn bieten können. Vernetzen, diskutieren, aktiv werden!

Zu unserem Forum gelangt ihr unter: <https://www.gelbehand.de/informiere-dich/forum/>



#Unteilbar

Gelbe Hand auf der großen Demo für Solidarität statt Ausgrenzung in Berlin

Am 13. Oktober setzten in Berlin auf dem Alexanderplatz 242 000 Menschen ein starkes Zeichen für eine offene und freie Gesellschaft. Unsere Referentin Sandra Hoeboer und zahlreiche Fördermitglieder waren für die Gelbe Hand vor Ort. Unter dem Leitspruch „#Unteilbar“ hatte ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis aus Menschenrechts- und Migrantenorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und prominenten Einzelpersonen zu einer Massenkundgebung aufgerufen. Ziel war es, der dramatischen gesellschaftlichen und politischen Verschiebung nach rechts etwas entgegenzusetzen. Im Aufruf hieß es: „Rassismus und Menschenverachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.“



Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden sollen. Das Sterben von Menschen auf der Flucht nach Europa darf nicht Teil unserer Normalität werden. Europa ist von einer nationalistischen Stimmung der Entsolidarisierung und Ausgrenzung erfasst. Kritik an diesen unmenschlichen Verhältnissen wird gezielt als realitätsfremd diffamiert. (...) Wir treten für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte unteilbar, in der vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind. Wir stellen uns gegen jegliche Form von Diskriminierung und Hetze. Gemeinsam treten wir antimuslimischem Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Antifeminismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit entschieden entgegen.“ Bei der Massenkundgebung in Berlin wurde dieses Anliegen, das Eintreten für Menschenrechte, eindrucksvoll und stark nach außen getragen. Die Gewerkschaften und die Gelbe Hand leisteten ihren Beitrag dazu. Für eine offene und solidarische Gesellschaft!

Für Demokratie, Solidarität und Rechtsstaat

Allianz für Weltoffenheit startet Mitmach-Aktion „Deutschland #vereint“

Die Würde des Menschen
ist unantastbar.

www.allianz-fuer-weltoffenheit.de

In Deutschland engagieren sich Millionen Menschen privat, in ihrem Unternehmen, in Vereinen, Parteien und Organisationen für den Zusammenhalt unserer vielfältigen Gesellschaft und gegen Rassismus und Ausgrenzung. Die Allianz für Weltoffenheit, ein Bündnis von neun großen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden, in dem auch die Gewerkschaften vertreten sind, möchte diesem Engagement eine Bühne bieten. Am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, startete die Allianz ihre Initiative „Deutschland #vereint“.

Engagierte Menschen sind aufgerufen, ihre Fotos zum Thema auf der Webseite www.deutschland-vereint.de hochzuladen. Die Mitmach- und Mutmach-Aktion „Deutschland #vereint“ läuft bis zum 9. November 2018. Damit wirbt die Allianz für die Würde des Menschen, wie sie in Artikel 1 des Grundgesetzes garantiert ist. Sie will ein Zeichen setzen für ein weltoffenes und demokratisches Deutschland und tritt jeder Form von Diskriminierung entgegen. Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender, betont dabei vor allem die Solidarität in der Arbeitswelt: „Unsere Demokratie ist vielfältig und bunt, ja, manchmal auch anstrengend. Sie garantiert Freiheit und Vielfalt, Rechtsstaatlichkeit und Mitsprache. Sie verdient es, dass wir uns täglich für sie einsetzen

und engagieren. Wir werden sie nicht von den Rechtspopulisten und Nationalisten diskreditieren oder in Frage stellen lassen. Jeden Tag arbeiten Menschen aus vielen Ländern Seite an Seite in unseren Werkshallen, auf Baustellen oder im Büro gut und solidarisch zusammen. Menschen, die zusammen arbeiten sind sich nicht fremd, egal woher sie kommen. Täglich werden aus Kollegen Freunde und Partner. Gemeinsam kämpfen wir für eine solidarische und weltoffene Gesellschaft.“

Die „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“ besteht seit Februar 2016. Gründungsmitglieder sind der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die Deutsche Bischofskonferenz, der Deutsche Kulturrat e.V., der Deutsche Naturschutzring (Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen – DNR), der Deutsche Olympischer Sportbund (DOSB), die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), der Koordinationsrat der Muslime (KRM) sowie der Zentralrat der Juden in Deutschland.

Mehr zum Bündnis gibt es unter: www.allianz-fuer-weltoffenheit.de

Infos zur Aktion Deutschland vereint findet ihr unter: <https://www.deutschland-vereint.de/>

Mehr zum Bündnis gibt es unter: www.allianz-fuer-weltoffenheit.de

Infos zur Aktion Deutschland vereint findet ihr unter: <https://www.deutschland-vereint.de/>



„Die soziale Frage lässt sich nicht über Ausgrenzung lösen“

Interview mit der Rechtsextremismus-Expertin Prof. Beate Küpper

Chemnitz, Köthen, Dortmund – überall an diesen Orten entflammten in den letzten Wochen rechter Hass, Hetze und Gewalt. Hitlergrüße wurden gezeigt, ausländerfeindliche Parolen skandiert, Polizisten und Journalisten angegriffen, Migrantinnen und Migranten wahllos gejagt, bedroht und verletzt. Es scheint, als gäbe es keine Hemmschwellen, keine Abgrenzung mehr. „Besorgte Bürger“ marschieren Seite an Seite mit militanten Neonazis.

Frau Prof. Küpper, Sie untersuchen regelmäßig in den „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Erleben wir derzeit eine neue Dimension des Hasses?

Rechtsextreme Gewalt, Angriffe auf Migrantinnen und Migranten hat es auch schon in den 90er und 2000er Jahren gegeben – Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, aber auch Mölln und Solingen sind die Orte, die im kollektiven Gedächtnis sind. Auch damals haben schon erkennbare, organisierte Rechtsextreme und „besorgte“ Bürgerinnen und Bürger neben- und miteinander agiert. Auch der NSU hat in dieser Zeit gemordet. Neu an der Dimension des Hasses jetzt sind die Rasanz, das provokative Selbstbewusstsein und die schnelle und gute Organisation, mit der er mancherorts wieder den öffentlichen Raum erobert hat. Die Bilder aus Chemnitz waren schon gruselig, vor allem, weil dort eben auch die „besorgten“ Durchschnittsbürgerinnen und -bürger mitgelaufen sind, die das offenbar nicht gestört hat, neben gewaltbereiten und gewaltverheißenden Rechtsextremen mit Hitlergruß zu demonstrieren. Was wir immer bedenken müssen: Der Rechtsextremismus hat in Deutschland nach 1945 ja nicht plötzlich aufgehört zu existieren. Vielmehr haben sich die Deutschen erst ganz langsam, oft unfreiwillig und gegen viele Widerstände überhaupt den Verbrechen des Holocaust gestellt, ein Bewusstsein für Demokratie erlangt und sich eine menschliche Zivilisiertheit zurück erarbeitet. Derzeit müssen wir erleben, wie dünn und brüchig diese Schicht ist. Viele Menschen stellen das gerade mit großem Erschrecken fest und machen sich Sorgen vor einem weiteren Rechtsruck. Bereits in der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2016 äußerten zwei Drittel der repräsentativ Befragten diese Sorge. Die großen Demonstrationen für Demokratie und gegen Rassismus wie beispielsweise kürzlich in München machen Hoffnung, dass jetzt doch viele aufwachen.

Wie konnte es soweit kommen? Wo sehen Sie die Ursachen des Rechtsrucks – politisch und gesellschaftlich?

Auf der einen Seite geht es Deutschland insgesamt und der überwiegenden Zahl von Menschen ökonomisch so gut wie noch nie, auch wenn es gleichzeitig eine tiefe soziale Spaltung gibt. Doch diejenigen, die wirklich arm und abgehängt sind, sind gar nicht jene, die da in großer Anzahl rechten Hass versprühen oder rechte Parteien wählen. Der Großteil beispielsweise derjenigen, die mit der AfD sympathisieren, gehört zur Mittelschicht. Gleichzeitig haben aber viele Leute Sorge vor einem Abstieg, also etwas zu verlieren. Dazu gehört auch, etwas abgeben und teilen zu müssen. Sie fühlen ihre eigene Gruppe, mit der sie sich identifizieren, im Vergleich zu anderen, beispielsweise Migrantinnen und Migranten, benachteiligt, auch wenn das

faktisch nicht so ist. Es sind also weniger echte ökonomische Ursachen, sondern vielmehr gefühlte Benachteiligungen und Bedrohungen, die für den Rechtsruck mit verantwortlich sind. Und genau hier haken strategische Akteure der Rechten ein. Sie holen die Menschen bei diesem Gefühl ab, heizen es an und weisen dann auf „Ausländer“ und „Flüchtlinge“ als vermeintliche Sündenböcke. Aber auch die „Muslime“, „EU“, „linke Gutmenschen“, „die Homo-Lobby“ und „Feministinnen“ werden als Feinde ausgemacht, oftmals mal offen, mal subtil unterfüttert durch antisemitische Verschwörungsmymen, verbreitet beispielsweise unter Chiffren wie „George Soros“, der zusammen mit Angela Merkel eine „Umvolkung“ plant oder so ein ähnlicher Blödsinn.

Sie sagen, es ist bei vielen mehr die subjektive Wahrnehmung der Situation als die objektive ökonomische Lage. Wieso scheint das Gefühl der Bedrohung und Konkurrenz so zu verfangen?

Hier kommt die These von den kulturellen Modernisierungsverlierern ins Spiel. In den letzten Jahrzehnten ist die Gesellschaft insgesamt offener geworden, der Blick für Diskriminierung von diversen sozialen Gruppen, die Anspruch auf gleichwertige Teilhabe erhoben haben, wurde geschärft. Rechtspopulismus und auch Rechtsextremismus binden beides zusammen: Den Hass auf „die da oben“ und auf „die Anderen“, die die Selbstverständlichkeit des Status und den damit verbundenen eigenen Privilegien infrage stellen. Auch der Neoliberalismus hat daran seinen Anteil, aber meines Erachtens anders, als von einigen gedacht. Befragte, die in der FES-Mitte-Studie 2016 besonders zu rechtspopulistischen Einstellungen tendieren und jene, die mit der AfD sympathisieren, teilen mehr als andere neoliberale Wertvorstellungen: Etwa derart, dass nur der, der etwas leistet auch etwas wert ist. Die Abwertung und Ausgrenzung der jeweils „Anderen“ ist also auch ein Versuch, sich die Konkurrenz vom Leib zu halten.

Welche Rolle spielen dabei Politik und Medien?

Eine nicht zu unterschätzende. Nicht zuletzt ist der Rechtsruck auch ein gewisser Selbstläufer – wenn einmal das dünne Eis der Zivilisiertheit angeknackst ist, bricht es leicht weiter, umso leichter, wenn einige Politikerinnen und Politiker sowie einige Medienformate kräftig drauf herumstampfen. So belegen Medienanalysen der großen Talkshows, dass rechtspopulistischen Stimmen und Themen in den vergangenen Jahren überproportional ein Forum geboten wurde, während umgekehrt die vielen anderen, die sich für Demokratie stark machen – wozu mancherorts viel persönlicher Mut gehört – und sich mit viel Zeit, Energie und Herzblut für Geflüchtete engagiert haben, wenig Aufmerksamkeit bekommen haben.

Unter den offenen Rassismus mischt sich auch eine starke Systemverachtung – gegen Politiker, Parteien, Presse. Gibt es da Wechselwirkungen? Und wie sehr sehen Sie unsere Demokratie bedroht?

Aus wissenschaftlicher Sicht gehört beides zusammen zur rechtspopulistischen Logik und Rhetorik – auf der vertikalen Dimension wird gegen „die da oben“, auf der horizontalen Dimension gegen „die Anderen“ gehetzt. Dagegen wird das vermeintlich homogene „Volk“ in Stellung gebracht, das – wie dann behauptet wird – einen einzigen Willen hat, der durch eine einzige Führung ohne Vermittlung durch störende Zwischeninstanzen von Parteien wie sie die parlamentarische Demokratie – auch die öffentlich-rechtlichen Medien sind solche Vermittler – eingebaut hat, umgesetzt wird. Das macht den Rechtspopulismus im Kern so undemokratisch. Die Demokratie ist da bedroht, wo ihre Grundfesten infrage gestellt werden: Würde, Gleichheit, Pluralität – und zwar für alle Menschen.

Gewerkschaften stehen für eine offene und solidarische Gesellschaft. Wie kann man der Verrohung und Polarisierung entgegenwirken, Zusammenhalt stärken – auch aus Sicht der Gewerkschaften?

Gewerkschaften sind für die demokratische Gesellschaft ganz wichtige Akteure. Dass es sie überhaupt gibt, wie sie erkämpft worden sind, ist Beleg dafür. Ihr Anspruch sind bessere und gleichere Lebensbedingungen und Solidarität, übrigens auch internationale. Sie können und müssen diese Werte in die Betriebe hinein vermitteln. Dazu gehört auch, sie immer wieder neu zu erklären. Gewerkschaften können dabei Personen erreichen, die von anderen Akteuren beispielsweise der Parteien, Kirchen, der klassischen politischen Bildung nur schwer erreicht werden. In den letzten Jahren wachsen aber auch unter Gewerkschaftsmitgliedern rechtspopulistische und zum Teil sogar rechtsextreme Einstellungen und strategisch agierende Akteure rechter Parteien wie die AfD versuchen, Funktionen zu erlangen, sich etwa in die Betriebsräte wählen zu lassen. Sie gewinnen durch einfache Parolen jene, die sich gern überzeugen lassen, dass es einfache Lösungen gibt. Dabei machen sie ein vergiftetes Angebot, denn Solidarität, Unterstützung für jene, die es nicht so einfach haben, ist ja gerade nicht ihr Ding. Gewerkschaften sind aufgefordert, ihre Werte mit Inhalt zu füllen, das heißt Solidarität mit allen, die der Solidarität bedürfen, hier ganz klar Position zu beziehen und dafür in den Betrieben zu werben. Und vor allem zu erklären, dass sich die soziale Frage nicht über Ausgrenzung lösen lässt, denn der nächste, der dran glaube muss, ist man vielleicht auch selbst, und in so einer Gesellschaft wollen die wenigsten leben.



Prof. Beate Küpper
(Hochschule Niederrhein)

Avanti popolo! Gewerkschaftlicher „Antifascismo“ in einem zerrissenen Land

Gelbe-Hand-Thema „Europa“: Gewerkschaften und Rechtspopulismus in Italien

Ausgerechnet Palermo. Siziliens Hauptstadt ist in diesen Zeiten eine Stadt mit Symbolkraft für die Situation Italiens. Eine Stadt, deren Geschichte geprägt ist vom Zusammenleben verschiedener Kulturen und die gleichzeitig durch die Insellage im Mittelmeer auch im Hier und Jetzt Anlaufpunkt für die ankommenden, geflohenen Menschen ist. Dies alles in einem Land, das wie kein anderes gepalten ist zwischen reichem Norden und armem Süden. Genau in dieser Stadt fand also Ende September der zweitägige Workshop der Gewerkschaft CGIL, der spanischen CCOO und der europäischen Dienstleistungsgewerkschaft EPSU statt. „Lavoro, accoglienza, integrazione“ – Arbeit, Aufnahme und Integration von Geflüchteten waren die Kernthemen der Tagung. Mit dabei war auch unser Vorstandsmitglied Romin Khan, zuständig für Migration in der ver.di-Bundesverwaltung. In der zweitägigen Diskussionsrunde mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus Frankreich, Spanien und Schweden und weiteren EU-Mitgliedsstaaten ging es darum, aus der Perspektive der Arbeitnehmer die Herausforderungen der Integration zu beleuchten und ein europäisches gewerkschaftliches Netzwerk der Solidarität mit Migrantinnen und Migranten zu knüpfen. Romin Khan stellte dabei die Rolle der deutschen Gewerkschaften in der Flüchtlingsfrage dar: „Die deutschen Gewerkschaften haben eine sehr positive, tatkräftige Rolle in der Willkommensbewegung gespielt. Wir stehen für Humanität und Solidarität – das zeigen auch die DGB-Positionen gegen Ankerzentren. Und auch als Dienstleistungsgewerkschaft ver.di stehen wir zu der europäischen Verpflichtung, Geflüchtete solidarisch aufzunehmen.“ Dass die größte Gewerkschaft CGIL das Thema in einer Tagung aufgreift, zeigt, dass auch in Italien, wo seit März der rechtspopulistische Innen-

minister Matteo Salvini einen harten Kurs gegen Geflüchtete fährt, die Gewerkschaften für Solidarität mit den Geflüchteten stehen. „Die Gewerkschaften machen einiges in dem Bereich. Sie haben auch ein Interesse Migrantinnen und

Migranten zu organisieren. Daher bieten sie auch spezifische Beratungsleistungen für die Menschen an, um auf ihre Bedürfnisse einzugehen“, erklärt der Italien-Experte Michael Braun, Korrespondent der Zeitung taz in Rom. Die italienische Gewerkschaftslandschaft ist geprägt durch die Präsenz der drei großen Richtungsgewerkschaften CGIL (Confederazione Italiana



Foto: Stefano Bolognini, von Wikimedia Commons

Generale del Lavoro), die links orientiert ist, die CISL (Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori), die eine christdemokratische Orientierung hat und die republikanisch-laizistische UIL (Unione Italiana del Lavoro). Die drei italienischen Gewerkschaftsbünde zählen zusammen 12,5 Millionen Mitglieder, von denen jedoch fast die Hälfte Rentner sind. Der durchschnittliche Organisationsgrad liegt bei 30 Prozent. Am stärksten sind die Gewerkschaften in der Dienstleistungsbranche, wo 70 Prozent aller Arbeitnehmer beschäftigt sind. In ihrer politischen Positionierung zu Rassismus und Rechtspopulismus sehen die Gewerkschaften eindeutig zu verorten, betont Michael Braun: „Es gibt eine klare ‚Anti-Salvini‘-Position. Die Gewerkschaften in Italien stellen sich dagegen – gegen Hass und Ausgrenzung, sie stehen für Solidarität und Humanität.“ Allerdings wählten Gewerkschaftsmitglieder, gerade im Norden Italiens, vermehrt die rechtspopulistische Lega. Mitglied in der Gewerkschaft zu sein und Lega zu wählen, sei für viele kein Widerspruch, so Braun. Das zeigen auch die Zahlen der letzten Parlamentswahl im März 2018, bei der 23 % der Arbeiter die Lega wählten – signifikant mehr als der Durchschnitt (17 %). „Das ist nicht der ‚Bodensatz des Subproletariats‘, es sind nicht die ‚Abgehängten‘, das ist die Mittelschicht“, analysiert der langjährige Taz-Journalist. Die Gewerkschaften in Italien stünden zu ihren Werten, aber suchten auch vermehrt den Dialog an der Basis: „Es geht darum, die Sorgen der Arbeiter ernst zu nehmen, und Menschen, die skeptisch sind, nicht pauschal zurückzuweisen.“ Mittlerweile liegt die Partei des Innenministers Salvini in den Umfragen bei über 30 %. Ein Grund dafür ist seine populistische Asyl-Politik, die Häfen für Schiffe der Flüchtlingshelfer zu schließen und Geflüchtete abzuweisen. Das findet Anklang – nicht nur im Norden. Lega-Chef Salvini hat aus der einstigen norditalienischen Separatisten-Partei Lega Nord eine Partei des „italienischen Nationalismus“ gemacht, bekräftigt Michael Braun. Der „antifascismo“ der Gewerkschaften kämpft mit aller Kraft dagegen an. An der Seite der Arbeiter und der Geflüchteten. Gegen die Spaltung, für Solidarität.

LAVORO ACCOGLIENZA INTEGRAZIONE
PER LA COSTRUZIONE DI UNA RETE EUROPEA
DELLE SINDACATI E DEI MIGRANTI
DEI SERVIZI PUBBLICI PER I MIGRANTI

UE CARE
L'EUROPA
SOLIDALE

26 - 27 SETTEMBRE / PALERMO

con CCOO EPSU

Maßnahmen gegen Diskriminierung im Betrieb

JAV-Wahlen im Herbst: Die DGB-Jugend informiert zu Anti-Rassismus im Betrieb



Im November finden in den Betrieben die Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen statt. Die Gewerkschaftsjugend engagiert sich gemeinsam mit jungen Leuten in den Betrieben für eine bessere Ausbildungsqualität und höhere Ausbildungsvergütungen, für Gleichberechtigung und den Schutz und Ausbau von Rechten. Ein Schwerpunkt liegt dabei auch auf dem Engagement gegen Diskriminierung. Die DGB-Jugend informiert in einem Sonderheft ihres Magazins „Soli“ über die betrieblichen Möglichkeiten im Umgang mit Diskriminierung. Denn bei der Aufgabe, gegen Ausgrenzung und Rassismus vorzugehen, komme betrieblichen oder der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) eine besondere Verantwortung zu. Sie seien der erste Ansprechpartner bei Diskriminierungsvorfällen – und das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) gibt ihnen weitreichende Kompetenzen, Diskriminierungen zu verhindern, sie gegebenenfalls zu sanktionieren und das Zusammenleben im Betrieb zu fördern (§80 BetrVG). Werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beispielsweise diskriminiert und bei einer Beförderung nicht berücksichtigt, verlangt Paragraph 75 BetrVG, dass der Betriebsrat dagegen vorgeht. Stört jemand durch rassistische oder fremdenfeindliche Handlungen wiederholt den Betriebsfrieden, kann der Betriebsrat sogar fordern, dass die Person entlassen wird. Neben den arbeitsrechtlichen Grundlagen verweist die DGB-Jugend auf Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, die zu diesen Themen im Betrieb vorangetrieben werden kann, und nennt dabei die Gelbe Hand als gewerkschaftlichen Ansprech- und Bündnispartner im Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus im Betrieb.

Mehr Informationen rund um die JAV-Wahlen und Antirassismus im Betrieb findet ihr unter: http://jugend.dgb.de/dgb_jugend/material/magazin-soli/soli-extra/jav-wahlen-2018

Kampf gegen Lohnraub und Diskriminierung

Gelbe Hand bei der Linken Woche der Zukunft in Berlin



In Berlin fand vom 13. bis 16. September „Die Linke Woche der Zukunft 2018“ statt. Auf der Tagung wurden die drängenden Herausforderungen unserer Zeit in zahlreichen Experten-Panels und Diskussionsveranstaltungen aus linker Perspektive diskutiert: Vom digitalen Kapitalismus über Klimapolitik bis hin zu Strategien gegen den Rechtsruck. Im Workshop „Kampf gegen Lohnraub und Diskriminierung“ war unser Vorstandsmitglied Romin Khan auf dem Podium, um die Arbeit des Kumpelvereins vorzustellen. In der Arbeitswelt finden sich vielfältige Formen der Diskriminierung gerade von Migrantinnen und Migranten. Ausstehende Löhne werden nicht gezahlt, für miserable Unterkünfte werden übertriebene Mieten verlangt, im Alltag begegnet ihnen Rassismus. Romin Khan betonte, dass es starke Gewerkschaften benötige, um dem entgegenwirken zu können: „Auch für die erfolgreiche Arbeit des Kumpelvereins ist es wichtig, auf gute gewerkschaftliche Strukturen zurückgreifen zu können. So haben wir Zugang zu den Betrieben und können dort aktiv werden gegen den Rechtsruck und auch gegen konkrete Fälle von Diskriminierung.“ Dort, wo es Betriebsräte und gute Gewerkschaftsstrukturen gäbe, habe man ein starkes Instrument gegen Rassismus.

Kommt der Rechtsextremismus aus der Mitte?

Auftakt der Interkulturellen Woche im Bildungszentrum der IG BCE

Rund 60 Gewerkschaftsmitglieder fanden sich am 25. September in der Konferenzhalle des Adolf-Schmidt-Bildungszentrums der IG BCE ein.

Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie



„Kommt der Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft?“ lautete die spannenden und aktuelle Frage, der in einem Podiumsgespräch mit anschließender Diskussion nachgegangen wurde. Die Abendveranstaltung fand im Rahmen der bundesweiten „Interkulturellen Woche“ statt, die seit 1975 auf Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie ausgerufen wird und an der sich die IG BCE jedes Jahr mit Aktionen und Veranstaltungen beteiligt. Für Detlef Lüke, den Leiter des Bildungszentrums, ist das ein Ausdruck der Werterhaltung der Gewerkschaften. In seiner Begrüßung betonte der Gewerkschafter, dass es gerade heute wichtig sei, sich auf die gewerkschaftliche Grundidee von Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu besinnen und diese Werte wieder stark zu



Unser Fördermitglied Sebastian Ramnitz, Rechtsextremismus-Experte und Demokratie-Aktivist

machen, um den aktuellen Herausforderungen des Rechtsrucks zu begegnen. Moderator des Abends war unser Gelbe Hand-Redakteur Marco Jelic, der auf dem Podium den Rechtsextremismus-Experten, unser Fördermitglied, Sebastian Ramnitz begrüßen durfte. Er ist beim mobilen Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Niedersachsen als Referent tätig. Ausgehend von aktuellen rechtsextremen Ausschreitungen in Chemnitz erläuterte Ramnitz das mittlerweile europäische Netzwerk der rechtsextremen Szene, die immer selbstbewusster werde und über soziale Medien gut organisiert sei. Vom extrem rechten Rand ging es dann in der Diskussion hin zur Mitte der Gesellschaft, wo Alltagsrassismus immer offenkundiger zu Tage trete. Der gelernte Sozialarbeiter illustrierte in seinen Anekdoten aus der Praxis, den Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen und wie man sie für die Demokratie zurückgewinnen könne. Denn Demokratie sei der Schlüssel, um rechtem Gedankentum entgegenzuwirken: „Wir müssen stärker in ganz grundsätzliche Demokratiebildung investieren, um demokratische Werte und Menschenrechte im Alltag zu leben.“ Die IG BCE, so Detlef Lüke zum Abschluss, werde diese Werte weiterhin in die Betriebe und in die Gesellschaft tragen.

Nachruf

Gründungsmitglied verstorben

Wir trauern um unsere Kollegin Josefina Rosenbaum, geborene Gutierrez-Ruiz, die am 7. Oktober von uns gegangen ist. Alle nannten sie nur Fina. Die gebürtige Spanierin aus Barcelona war engagiert in der IG BSE-Jugend Dortmund und eines der ersten Gesichter unserer Gelben Hand, als die DGB-Jugend 1986 die Aktion gegen Rassismus aus Frankreich („Touche pas à mon pote“) nach Deutschland holte. Seitdem war Fina aktiv gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und gegen Rechts.



ran-Cover 1986 mit Josefina Rosenbaum (links im Bild).

Wir werden sie mit ihrer herzlichen sympathischen Art immer in guter Erinnerung behalten und uns gemeinsam weiter für ihre Ziele einsetzen.

Für die alte IG BSE-Jugend Westfalen (IG Bau-Steine-Erden)

Holger Vermeer, Landesjugendvorsitzender 1987 bis 1990, heute Regionalleiter Rheinland bei der IG BAU und stellv. Vorsitzender des Kumpelvereins

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für die Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. **Murat Akdemir**, IG Metall, freigestelltes Mitglied des Betriebsrates, Fa. Teneco, Neustadt
2. **Birgit Biester**, ver.di, Mitglied im Bezirksfrauenrat Düssel-Rhein-Wupper, Hilden
3. **Ralf Bohlen**, ver.di, Gewerkschaftssekretär im ver.di Bildungszentrum Walsrode, Walsrode
4. **Jodranka Cesljarevic**, ver.di, Vorsitzende der AfA Leipzig, Leipzig
5. **Patrick Frank**, ver.di, Pädagogischer Mitarbeiter Arbeit und Leben Niedersachsen, Oldenburg
6. **Marvin Güth**, IG BCE, Mitglied im Bezirksjugendausschuss Duisburg, Recklinghausen
7. **Silke Iffländer**, ver.di, stellvertretende Geschäftsführerin im ver.di Bezirk Düssel-Rhein-Wupper, Velbert
8. **Niko Köbbe**, ver.di, Gewerkschaftssekretär im ver.di Bezirk Düssel-Rhein-Wupper, Düsseldorf
9. **Bernd Mehrhoff**, ver.di, Vorsitzender des Regionalvorstands Minden-Lübbecke, Minden
10. **Michael van Dawen**, ver.di, Gewerkschaftssekretär im ver.di Bezirk Düssel-Rhein-Wupper, Köln
11. **ver.di Bildungszentrum – Das Bunte Haus**, Bielefeld

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (**Mindestbeitrag 36 € im Jahr**) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice, Vorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Ricarda Scholz (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic

Fotos:

Gelbe Hand

Verlag und Produktion:

Setzkasten GmbH
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211 - 4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand